Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden Laden & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen „Nach der Arbeit" und „Volk und Zeit" für einen halben Monat 1 M. Einzelnummer 10 Pf.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261 und 12707. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Nonpareillezeile 30 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 1,50 M., für auswärtige Anzeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 Pf.

Nr. 137 | Dresden, Mittwoch den 16. Juni 1926 | 37. Jahrg.

Offener Brief an Hindenburg

Berlin, 16. Juni. (Eigener Funkspruch.) Die **Reichsarbeitsgemeinschaft der Aufwertungsgeschädigten und Mieterorganisationen** hat folgenden offenen Brief an den Reichspräsidenten Hindenburg gerichtet:

Herr Reichspräsident!

Ihr Brief an den Staatsminister a. D. von Loebell hat in weiten Kreisen des deutschen Volkes den Eindruck erweckt, als ob die von Ihnen unternommene Verteidigung des Privateigentums der Fürsten vor der entschädigungslosen Enteignung der richtigen Erkenntnis entspricht, das Volk könne auf diesem Wege der Enteignung des Privateigentums fortschreiten. Sie erkennen in einem solchen Vorgehen einen Verstoß gegen das Gefüge des Rechtsstaates und die Grundlagen von Moral und Recht. Sie warnen davor und sehen den Staat haltlos bergab gleiten. Sie versuchen das Volk unter Hinweis auf die Leistungen der Fürstenhäuser für Deutschland zu bewegen, Dankbarkeit zu üben.

Erinnern Sie sich, Herr Reichspräsident, wie gerade vor einem Jahre die Delegierten der Reichsarbeitsgemeinschaft an Ihr Gerechtigkeitsgefühl und Ihre Pflichten als Staatsoberhaupt und Mensch appellierten, haben wir Ihnen nicht genau dieselbe Begründung für die Ablehnung der Aufwertungsgesetze und für die Aufhebung der erweiterten Abgeltungsordnung, mit welcher Sie heute den gesunden Sinn der Mitbürger zum Schutze des Fürstenvermögens wachrufen möchten? Damals forderten wir von Ihnen die Geltendmachung aller verfassungsmäßigen Rechte auf Anwendung des Volksentscheids über die fälschlich Aufwertungsgesetze genannten Enteignungsgesetze. Der pflichtbewußte und rechtlich denkende Teil des Reichstages hat Ihnen durch einen entsprechenden Beschluß die Handhabe dieses Rechtes erleichtert. **Dieser historische Augenblick zur Sicherung von Moral und Recht, der Grundlagen der Gesellschaft und Staatsordnung wie der Wohlfahrt unsers Volkes, ist verabsäumt worden.** Die von uns eindringlichst warnend vorausgesagten Folgen, die Ihr Brief an Herrn Loebell erst nach der Fürstenenteignung befürchtet, sind längst voll eingetreten. Die durch eben diese Folgen in grenzenlose Not gestürzten Mitbürger sind es, welche die Anwendung des Gleichheitsprinzips nicht nur gegenüber den Fürsten verlangen, sondern erst recht gegenüber dem kleinen Volksteil, welcher auf Grund der Aufwertungsgesetze sich widerrechtlich bereichern durfte.

Wollen Sie, Herr Reichspräsident, die Fürstenenteignung in Wahrheit verhindern, so müssen Sie logischerweise gleichzeitig verhindern, daß ein kleiner Teil des Volkes weiter gesetzlicher Besitzer am Eigentum der großen Volksmasse bleibt, die fiskalischen Willkürakte am Privateigentum auf Grund der erweiterten Abgeltungsverordnung und andre das Privateigentum verleugnende Ausnahmegesetze und Verordnungen fortgesetzt werden und das Volk samt dem Staat darüber zugrunde geht.

Es bedarf Ihrer Willensäußerung in dieser Richtung vor dem 20. Juni durch Ankündigung einer entsprechenden Regierungsvorlage, sonst rollt der rote Schicksalsfaden Deutschlands weiter."

Der rote Schicksalsfaden Deutschlands wird am Sonntag weiter rollen, denn es ist eine trügerische Hoffnung, glauben zu wollen, daß Hindenburg etwas für die enteigneten Fürsten und Gläubiger tun kann. Dazu ist er heute ebenso wenig willens oder imstande wie früher. Es gibt nur einen Ausweg: **Jeder Aufwertungsgeschädigte, jeder Mieter geht am Sonntag zum Volksentscheid und gibt seine Ja-Stimme ab!**

Graf Westarp an die Sparer

Von Wilhelm Keil

Zwei Kundgebungen des deutschnationalen Führers Grafen Westarp legen Zeugnis ab von der tödlichen Verlogenheit, in der sich die Fürstenbeschützer befinden, wenn sie den Sparern über die Heiligkeit des Eigentums predigen.

Bei den Reichstagswahlen im Mai und Dezember 1924 hatten die Deutschnationalen den Sparern und Gläubigern die volle Wiederherstellung dieser Forderungen, also 100prozentige Aufwertung, versprochen. Den Führer der Sparer, Herrn Dr. Best, benutzten sie als Aushängeschild. Als im Reichstag die Kämpfe um die Aufwertung begannen, warfen die Deutschnationalen Herrn Best aus dem Aufwertungsausschuß hinaus. Nur der Uneigennützigkeit der Sozialdemokratie verdankte es Herr Best, wie er selbst in einem Dankesbrief erklärte, daß er mitarbeiten konnte. Die Deutschnationalen aber beschlossen, alle vor dem 15. Juni 1922 mit Papiermark beglichenen Forderungen, alle, auch die noch bestehenden Bankguthaben für nichtig zu erklären und die übrigen alten Goldmarkforderungen auf kleine Bruchteile ihres Wertes „aufzuwerten".

So wahrten die Deutschnationalen die Heiligkeit des Eigentums! Es war der größte Vermögensraub der Weltgeschichte, den die deutschen Monarchisten an den deutschen Sparern verübten.

Von diesen nackten Tatsachen spricht Graf Westarp in seinen Kundgebungen kein Wort. Dafür sucht er in einem Kreuzzeitung-Artikel die Sozialdemokratie für die Enteignung der Sparer, die durch die Dritte Steuernotverordnung erfolgt sei, verantwortlich zu machen. In Wahrheit hat die Sozialdemokratie die Dritte Steuernotverordnung vom Tage ihres Erscheinens bekämpft, während die deutschnationalen Großunternehmer in Industrie und Landwirtschaft sie mit Zähnen und Nägeln verteidigten. Ein deutschnationaler Scheinantrag auf Aufhebung der Dritten Steuernotverordnung wurde von den Antragstellern selbst niedergestimmt, als die Sozialdemokraten ihm zur Annahme verhelfen wollten.

Nicht die Dritte Steuernotverordnung, sondern das Aufwertungsgesetz der Deutschnationalen, das Hindenburg ohne Bedenken verkündete, führte die Enteignung der Kleinrentner durch.

Die Entwertung der Kapitalforderungen sei verursacht durch die „Fremdherrschaft" und „Mißwirtschaft", stammelt Graf Westarp. Sie ist in Wahrheit verursacht durch die Spekulationsgier der Inflationsgewinnler. Warum konnte die Stabilisierung nicht vor der Verarmung der Sparer durchgeführt werden? Weil die Helfferich, Eugenberg, Stinnes und Genossen jede Steuerleistung des Großbesitzes auf wertbeständiger Grundlage mit Erfolg bekämpften!

Auch nach der Stabilisierung verhinderten die Monarchisten die Erfassung der Inflationsgewinne. Die sozialdemokratische Forderung, allen trotz Massenverarmung reichen oder reicher gewordenen Inflationshyänen, einerlei ob Juden oder Christen, ein Opfer zugunsten der enteigneten Sparer abzunehmen, brachten die Deutschnationalen zu Fall. Heute schwindeln sie, wir wollten den jüdischen Inflationsgewinnlern die Fürstenvermögen zuschanzen!

In einem Schreiben an den Sparerbund erweckt Graf Westarp mit bewußter Zweideutigkeit den Anschein, als ob die Deutschnationalen gegen den Lutherschen Gesetzentwurf auf die Verhinderung des Volksentscheids in der Aufwertungsfrage seien. In Wahrheit haben die Deutschnationalen am 8. März d. J. durch Dr. Philipp erklären lassen, sie dächten nicht daran, das Aufwertungsproblem noch einmal aufzurollen. In Wahrheit haben die deutschnationalen Führer des Landbundes und der Schwerindustrie von der Regierung die Verhinderung des Aufwertungsbegehrens gefordert.

Das sind die ehernen Tatsachen, denen Graf Westarp in weiten Bogen aus dem Wege geht. Noch einmal versucht er die Sparer und Gläubiger für die Zwecke der Deutschnationalen zu mißbrauchen. Aber gebrannte Kinder scheuen das Feuer.

Die Sparer waren unschuldig am Weltkrieg und an der Inflation und wurden trotzdem zu Bettlern gemacht. Die Fürstenfamilien waren zum größten Teil die Werkzeuge der Kriegstreiber und der Kriegsverteidiger. Sollen ihnen zu den Besitzungen, über die sie in aller Herren Länder verfügen, noch ihre Riesenvermögen im verarmten Deutschland belassen und ihre schamlosen Ansprüche erfüllt werden? Wer das will, folge den monarchistischen Volksbetrügern. Wer aber wünscht, daß den Fürsten ihr wohlverdientes Schicksal bereitet werde, stimmt für die Fürstenenteignung!

*

In einer stark besuchten Versammlung der Aufwertungsgeschädigten in Berlin erklärte unter großem Beifall der Anwesenden Professor Köhler, Stettin, daß es sich beim Volksentscheid lediglich darum handle, daß das, was den Aufwertungsgeschädigten geschehen ist, auch den Fürsten geschehen soll. Die Ansprüche der Sparer und Hypothekengläubiger bekämpft jetzt das Großkapital, das die Wirtschaft beherrscht mit dem Geld, das man den Sparern gestohlen hat. Ein Erfolg bei der Fürstenenteignung bedeute auch einen Erfolg für die Bestrebungen der Aufwertungsgeschädigten.

Pfarrer gegen Pfarrer

Fast allenthalben in Deutschland macht die Kirche für den Fürstengeldsack mobil. Unserm Genossen Pfarrer Blaizr in Berlin ist seine vorgesetzte Behörde auf den Leib gerückt, weil er für die Fürstenenteignung eintrat, und hier in Sachsen ist eine große Anzahl evangelischer Organisationen, darunter der Vereinigte evangelisch-lutherische Gotteskasten und die evangelischen Arbeitervereine, aufmarschiert, um den Fürsten ihre Milliarden zu erhalten. Wir haben aber auch schon mehrfach Stimmen von kirchlich gesinnten Männern gebracht, die gegen den Mißbrauch der Kirche und des Christentums für die Interessen der Fürsten Einspruch erheben. Jetzt wendet sich in der Christlichen Welt ein rechtsstehender Geistlicher, der Pfarrer Johannes Rüdel, Frankfurt, gegen das Eintreten der Kirche für die Fürsten. Er erklärt zwar, daß er persönlich gegen die Fürstenenteignung sei, aber er sei auch gegen jede kirchliche Kundgebung zur Fürstenenteignung. Die Frage der Fürstenenteignung sei Staatssache. **Staatssachen aber habe der Staat zu entscheiden und nicht die Kirche.** Er verweist dann darauf, daß die Kirche zur Inflation, die unser ganzes Volk um sein Vermögen gebracht hat, geschwiegen habe, und fährt dann fort:

Die Kirche hat zur Ueberlastung unseres Volkes mit Steuern, zum Beamtenabbau, zur Verelendung der Hunderttausende von Volksgenossen geschwiegen, die Kirche hat zu den immer lebhafteren Versuchen, den gesetzlichen Schutz der wirtschaftlichen Schwachen zu verringern, geschwiegen.

Ein praktischer Fall, in dem die Kirche, die organisierte, offizielle Kirche, mit dem ganzen Gewicht ihrer Autorität zugunsten der besitzlosen Schicht eingegriffen hätte, ist mir nicht bekannt.

Und nun, wo das irdische Gut einiger weniger, wenn auch noch so wertvoller Familien in Frage steht, soll die Kirche reden?

Meine Herren, das ist zweierlei Maß; und nach zweierlei Maß verfahren ist der Kirche Jesu Christi unwürdig!

Oder soll die Kirche künftighin wirklich zu jeder wichtigeren Staatsangelegenheit ihr Votum abgeben? Es bleibt ihr gar keine andere Wahl, wenn sie es jetzt tut. Welche Folgen das aber nach sich ziehen muß, wissen Sie selbst. Jede Staatsangelegenheit ist zugleich Angelegenheit der politischen Parteien; die Kirche mag ihr Urteil noch so vorsichtig auf die sittliche Seite beschränken,

tatsächlich nimmt sie mit der Abgabe eines Urteils auch für oder gegen bestimmte politische Parteien Stellung, macht sich dadurch zur Partei — ja zur Klassenkirche und hört auf, eine Volkskirche zu sein.

Schließlich gestatten Sie mir noch auf einen Gesichtspunkt aufmerksam zu machen.

Die Ansprüche der Fürsten bergen auch übertriebene und sittlich anfechtbare Forderungen in sich.

Ich weiß aber nichts davon, daß eine deutsche Kirchenbehörde an einen der vormaligen Fürsten die Bitte gerichtet hätte, auf jeden unhaltbaren Anspruch zu verzichten und der Not des Volkes gebührend Rechnung zu tragen. Haben wir aber den Fürsten gegenüber geschwiegen, **dann ziemt sich uns dasselbe Schweigen gegenüber dem Volk.** Eine Kirche, die die Einwirkung auf die Fürsten zugunsten des Volkes unterlassen hat, hat nicht mehr freie Hand, um zugunsten der Fürsten auf das Volk einzuwirken.

Diese Kundgebung eines Geistlichen, der selbst Gegner der Fürstenenteignung ist, sticht sehr vorteilhaft von dem Gebaren der kirchlichen Kreise ab, die sich so eifrig um die Erhaltung der fürstlichen Vermögen bemühen. Die Kirche leistet sich mit ihrer Einmischung in den Kampf um die Fürstenenteignung einen schlechten Dienst. Zeigt sich doch hier wieder, daß besonders diejenigen Leute, die in der evangelischen Kirche ausschlaggebend sind, in ihrer Kirche eine Einrichtung sehen, die den Besitzenden und Reichen dienen soll. Wahrlich, diese Kirche braucht sich nicht darüber zu wundern, wenn sich große Teile unsres Volkes von ihr abwenden.

Christliche Fälscher

Der „Christenbund", eine mit dem Hauptsitz in Berlin über ganz Deutschland verbreitete christliche Vereinigung, verbreitet auf fürstlichen Befehl und mit fürstlichem Geld ein Flugblatt, das sich mit der Enteignung des deutschen Fürstenvermögens befaßt und von einem Dr. H. Michaelis stammt. In ihm befinden sich wunderbare „christliche" Leitsätze, deren Veröffentlichung sich schon deshalb lohnt, weil sich auch aus ihnen wieder einmal ergibt, daß die wirklichen Hüter des Christentums diese Sittenlehre bewußt falsch auslegen und anwenden, wenn es ihnen paßt. In dem Flugblatt heißt es:

„Ihr Christen im Lande hin und her, gebt dem Kaiser, auch dem entthronten, was des Kaisers ist, so hat's Christus gefordert, und wenn ihr ihm und euren Landesfürsten nicht mehr Gehorsam erweisen, nicht mehr treu untertan sein könnt, dann gebt ihm, was ihr ihm und seinen Vorfahren an dankbarer Treue schuldig seid."

Der Kaiser, von dem Jesus Christus hier spricht, war der Regierende in Rom, ein Heide, der damals die Gewalt über Palästina besaß. Er war nicht von Gottes Gnaden und war nicht entthront. Diese Verfälschung des Christenwortes blieb einer evangelischen Kirchenzeitung vorbehalten. In Wirklichkeit hat das Wort des Nazareners nur zu bedeuten: Gebt dem Träger der staatlichen Gewalt, was ihm zukommt, also in die Gegenwart übertragen: Achtet die Republik und zieht die Weimarer Verfassung nicht in den Schmutz.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19260616/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG